

# DER TAGESSPIEGEL

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

Täglich außer nach Sonn- und Feiertagen / Verlag Der Tagespiegel G.m.b.H., Berlin-Tempelhof, Mariendorfer Damm 1/3, Druckhaus, Telefon: Redaktion und Anzeigen 75 02 41; Verwaltung und Vertrieb 75 04 71 / Telegramme: Tagesspiegel Berlin / Fernschreiber 028 773  
Bankkonten: Nr. 3000 Berliner Diskonto Bank A.G., Berlin-Tempelhof, Tempelhofer Damm Nr. 126; Nr. 7119 Berliner Bank Aktiengesellschaft, Berlin-Tempelhof, Tempelhofer Damm 125; Commerz- und Credit-Bank A.G., Frankfurt am Main, Neue Mainzer Str. 32-36 / Postcheck-Konten: Berlin West 105, Frankfurt am Main 2793 / Bonner Redaktion: Bonn, Pressehaus, Telefon: 3 85 15, Fernschreiber 089 720 / Abonnementspreis bei freier Zustellung durch eigene Boten oder Post 3,90 DM monatlich / Keine Erstattungsansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt / Anzeigenpreisliste Nr. 9 / Erfüllungsort und Gerichtsstand Berlin-Tempelhof



Geschäftstellen in Berlin: Charlottenburg, Kaiserdamm 7, Tel. 926758; Friedenau, Rheinstr. 62, Tel. 836425; Grunewald, Hohenzollernstr. 94, Tel. 892865; Hermsdorf, Heinsstr. 37, Tel. 408887; Lichterfelde W, Baseler Str. 12, Tel. 731708; N 20, Koloniestr. 1, Tel. 468186; N 65, Müllerstr. 122b, Tel. 464521; NW 21, Alt Moabit 86b, Tel. 392740; Neukölln, Karl-Marx-Str. 184, Tel. 622437, Sonnenallee 99, Tel. 625155; Reinickendorf W, Scharnweberstr. 49, Tel. 495596; Schöneberg, W 30, Hohenstaufenstr. 25, Tel. 246806; SO 36, Dredener Str. 16, Tel. 613917; Spandau, Markt 2-3, Tel. 373468; Steglitz, Schloßstr. 119, Tel. 721242; Tempelhof, Tempelhofer Damm 2, Tel. 661523; W 15, Kurfürstendamm 188-89, Tel. 916494; W 30, Tauentzienstr. 1, Tel. 247711; Wilmersdorf, Fasanenstr. 46, Tel. 916467; Zehlendorf, Berliner Str. 2, Tel. 847025.  
Abonnements- und Anzeigenannahme im Verlagshaus Tempelhof und in allen Geschäftsstellen.

NR. 2431

BERLIN, DIENSTAG, 8. SEPTEMBER 1953

9. JAHRGANG

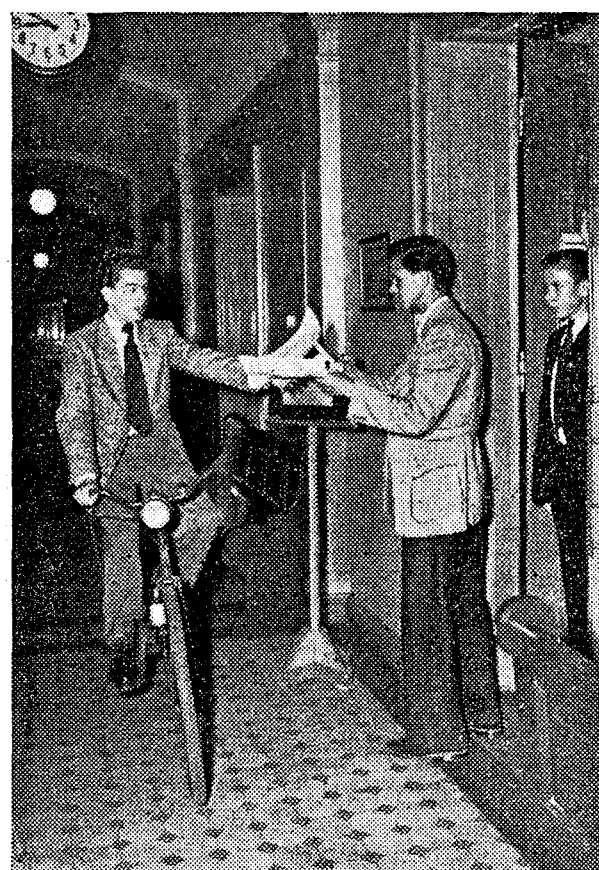
## Adenauers Wahlsieg im Echo der Welt



In allen Wahllokalen in der Bundesrepublik herrschte schon in den frühen Morgenstunden starker Andrang. Unser Bild zeigt ein Wahllokal in Bonn.



Sichtlich guter Laune war der Bundeskanzler, als er in Begleitung seiner Tochter Lotte und des Bürgermeisters von Rhöndorf, gefolgt von zahlreichen Mitbürgern, in seinem Heimatort zum Wahllokal ging. Er wird auch in den nächsten vier Jahren die Geschicke der Bundesrepublik bestimmen.  
Photos: AP (2), Kindermann



Im Altonaer Rathaus legte ein Verwaltungslehrling die 80 Meter zwischen dem Büro, in dem die Wahlmeldungen eingingen, und dem Zählbüro mit dem Rade zurück.

### Erste Gespräche über Regierungsbildung

Bonn (dpa). Der überwältigende Wahlsieg der CDU/CSU, die im zweiten Bundestag die absolute Mehrheit hat, ist in der westlichen Welt teils mit Ueberraschung, teils mit Befriedigung aufgenommen worden. Von den 487 Mandaten hat die CDU/CSU 244 (davon 172 in direkter Wahl) errungen, die SPD 150 (45), die FDP 48 (14), die DP 15 (10) der BHE 27 (—) und das Zentrum 3 (1). Der Bundestag hat drei Abgeordnete mehr, als ursprünglich angenommen wurde, da die CDU in Schleswig-Holstein zwei Direktmandate und die DP in Hamburg ein Direktmandat mehr errungen hat, als ihnen nach den abgegebenen Zweitstimmen zusteht. Bei einer Wahlbeteiligung von 86,2 Prozent erhielt die CDU/CSU 12 440 799 Stimmen (45,2 Prozent), die SPD 7 939 774 (28,8 Prozent), die FDP 2 628 146 (9,5 Prozent), der BHE 1 614 474 (5,9 Prozent) und die DP 897 952 (3,3 Prozent). Bei der ersten Bundestagswahl 1949 hatte die CDU/CSU 31 Prozent der Stimmen, die SPD 29,2 Prozent, die FDP 11,9 Prozent, die DP 4 Prozent erhalten. Die KP und die Bayernpartei sind im neuen Bundestag nicht vertreten, da sie weder einen Kandidaten direkt durchbrachten noch mehr als fünf Prozent der Stimmen erhielten. 1949 hatte die CDU/CSU 115 direkte Mandate erhalten, die SPD 96, die FDP 11, die DP 5, die Bayernpartei 11 und sonstige 2.

Bundeskanzler Adenauer bezeichnete in einer Pressekonferenz den Wahlsieg seiner Partei als eine neue große Kraft für die Verwirklichung der europäischen Gemeinschaft. Die Wahlentscheidung werde im Inneren eine weitere Beruhigung bringen und im Ausland das Vertrauen zu Deutschland stärken. Die Wahl habe die oft von der SPD geforderte Volksabstimmung über die Regierungspolitik gebracht. Der Bundeskanzler traf am Montag mit führenden Vertretern der CDU/CSU zu ersten Gesprächen über die Lage nach den Bundestagswahlen zusammen. Am Vormittag, unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses, wurde er von Bundespräsident Heuss empfangen. Am Donnerstag werden der CDU-Bundesvorstand und der bisherige Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Möglichkeiten der Bildung einer Regierungskoalition erörtern. In Bonn gilt es als sicher, daß die bisherige Koalition

von CDU/CSU, FDP und DP bestehen bleibt. Es ist jedoch möglich, daß der BHE an der Regierungsbildung beteiligt wird. Nach der vorliegenden Mandatsverteilung haben die bisherigen Koalitionsparteien 307 Sitze. Hinzu kommen die drei Zentrumsabgeordneten, die voraussichtlich der CDU-Fraktion als Hospitanten beitreten werden. Eine Hinzunahme der 27 BHE-Abgeordneten würde die Koalition auf 337 Mandate bringen; sie hätte damit die für Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittel-Mehrheit.

Washington (dpa). Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles haben ihre Befriedigung über den Wahlsieg Adenauers geäußert. Im State Department wurde erklärt, die Bevölkerung der Bundesrepublik habe durch ihre Entscheidung drei Dinge bestätigt: das Programm des Kanzlers für eine positive Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten im Kalten Kriege gegen die Sowjetunion, den Standpunkt des Kanzlers, daß die Wiedervereinigung Deutschlands erst möglich ist, wenn die Bundesrepublik auf dem Wege über die EVG stark geworden ist; die Ansicht des Kanzlers, daß freie gesamtdeutsche Wahlen die einzige Möglichkeit zur Wiedervereinigung Deutschlands sind.

London (dpa). In britischen Regierungskreisen ist der Wahlausgang als ein klares Bekenntnis zu der von Großbritannien befürworteten Integrationspolitik begrüßt worden. Der Wahlsieg der CDU werde entscheidende Bedeutung für künftige Konferenzen und diplomatische Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion haben.

Paris (AP). Französische Regierungsstellen haben ihre große Zufriedenheit mit dem Wahlergebnis der Bundestagswahl ausgedrückt.

Bonn (AP). Der österreichische Bundeskanzler Raab und der italienische Ministerpräsident Pella haben Bundeskanzler Adenauer Glückwunschtelegramme zu dem Wahlsieg der CDU/CSU gesandt.

Bonn (dpa). Der französische Oberkommissar François-Poncet hat dem Bundeskanzler am Montagmorgen die Glückwünsche des Alliierten Oberkommissariats zum Ergebnis der Bundestagswahlen ausgesprochen.

### Prominente Abgeordnete im neuen Bundestag

Bonn (AP). Bundeskanzler Adenauer, der sich im Wahlkreis Bonn Stadt und Land zur direkten Wahl stellte, wurde mit fast siebenzig Prozent der gültigen Stimmen wiedergewählt. Ebenfalls in direkter Wahl wurden die CDU-Kandidaten Bundesminister Kaiser in Essen, Bundeswirtschaftsminister Erhard in Ulm, Bundespostminister Schubert in Landshut, Bundesfinanzminister Schäfer in Passau, Bundesminister Storch in Osnabrück und der Sicherheitsbeauftragte der Bundesregierung, Blank, in Borken gewählt. Vizekanzler Blücher (FDP) wurde in Düsseldorf von den CDU-Kandidaten in der direkten Wahl geschlagen, desgleichen der Bundeswohnungsbaumeister Neumayer (FDP) in Kaiserslautern und Bundesjustizminister Dehler (FDP) von den CSU-Kandidaten in München. Bundesminister Hellwege und Bundesverkehrsminister Seeborn (beide DP) wurden in Stade-Bremerförde und in Harburg-Soltau direkt gewählt in den Wahlkreisen hatten CDU und FDP auf eigene Kandidaten verzichtet. Bundestagspräsident Ehlers (CDU) wurde in Delmenhorst, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von Brentano, im Wahlkreis Bergstraße gewählt. In Lauenburg siegte der direkte CDU-Kandidat Otto Fürst von Bismarck über den BHE-Vorsitzenden Waldemar Kraft; Kraft kommt über die Landesliste des BHE in den Bundestag.

In Solingen-Remscheid, früher eine Hochburg der Kommunisten und Sozialdemokraten, schlug der CDU-Kandidat Fritz Hellwig den SPD-Kandidaten und den KP-Vor-

sitzenden Reimann. Die Hansestadt Lübeck entsendet zum ersten Male in der Geschichte einen bürgerlichen Abgeordneten; gewählt wurde an Stelle des bisherigen SPD-Abgeordneten Bromme der CDU-Kandidat Bock. In den drei Wahlkreisen der Stadt Frankfurt am Main, die bisher durch SPD-Abgeordnete vertreten waren, siegte die CDU mit 37,3 Prozent der gültigen Stimmen; bei den Bundestagswahlen 1949 hatte sie 22,1 Prozent erreicht. Der Stimmenanteil der SPD ging von 39,5 Prozent im Jahre 1949 auf 33,6 Prozent zurück. Unter den drei gewählten CDU-Kandidaten ist der Leiter der deutschen Delegation bei den Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel, Professor Böhm. Der ehemalige Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller (CDU), wurde in Balingen gewählt. In Wilhelmshaven siegte in direkter Wahl der ehemalige Kommandant des schweren Kreuzers „Hipper“, der CDU-Kandidat Vizeadmiral a. D. Heye.

Im Wahlkreis Dr. Schumachers (Hannover-Süd) wurde der SPD-Vorsitzende Ollenhauer mit vier Prozent weniger Stimmen als sein Vorgänger gewählt. Ebenfalls in direkter Wahl kam der stellvertretende SPD-Vorsitzende Mellies in Lemgo durch. Die SPD-Abgeordneten Schmid und Arndt wurden in Mannheim und in Hersfeld gewählt. An CDU-Kandidaten verloren ihre Wahlkreise die SPD-Abgeordneten Schöttle, Renner und Baade. Dagegen schlug der SPD-Kandidat Karl Mommer in Ludwigsburg den baden-württembergischen Finanzminister Frank (FDP) und der hessische Kultusminister Metzger (SPD)

in Darmstadt den bisherigen Abgeordneten Hammer. Ueber die Landeslisten ziehen als neue SPD-Abgeordnete der hessische Ministerpräsident Zinn, der hessische Staatssekretär für das Flüchtlingswesen, Jaksch, und der baden-württembergische Wirtschaftsminister Veit in den Bundestag ein.

Während der hessische Landesvorsitzende der FDP, Euler, im Wahlkreis Fritzlär-Homburg und der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Hermann Schäfer, in Hamburg wiedergewählt wurden, verloren der niedersächsische Landesvorsitzende der FDP Stegner, in Braunschweig gegen den SPD-Kandidaten und der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der FDP, Middelhaue, in Siegen gegen den CDU-Kandidaten. Im oberbergischen Wahlkreis unterlagen die Ritterkreuzträger Mende (FDP) und Bischmann (SPD) dem CDU-Kandidaten, General a.D. von Manteuffel wurde in Bielefeld von dem SPD-Kandidaten geschlagen, Hubertus Prinz zu Löwenstein in Warburg von dem CDU-Kandidaten. Diese FDP-Kandidaten kommen über die Landeslisten in den Bundestag. Ueber die württemberg-badische Landesliste erhielt Ministerpräsident Maier, der direkt nicht kandidiert hat, ein Bundestagsmandat. Der Vorsitzende der DP-Bundestagsfraktion, von Merkatz, wurde in Verden wiedergewählt; CDU und FDP hatten keine eigenen Kandidaten aufgestellt.

Der Zentrums-Vorsitzende Brodkmann erhielt auf Grund des Wahlbalkens mit der CDU im Wahlkreis Ober-

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1

### Breitere Basis für deutsche Außenpolitik

eb. Seit Jahren war es für Wahlen in Europa bezeichnend, daß sie knappe oder unklare Ergebnisse brachten. Teils hielten sich, wie in England, zwei große, miteinander rivalisierende Parteien die Waage; teils zerfiel, wie in Frankreich und Italien, der Wille des Volkes in einer Vielzahl sich gegenseitig aufhebender Gruppen. Nachgerade glaubte man, in diesen verschwommenen Nationalporträts den Ausdruck einer für den ganzen Kontinent charakteristischen Unentschiedenheit sehen zu sollen, den Beweis dafür, daß Europa entweder nicht weiß, wohin es im Weltkonflikt gehört, oder zumindest nicht die Kraft hat, seiner Einsicht gemäß zu handeln. Nutznießer dieses zweifelhaften Zustandes war die Sowjetunion, die Osteuropa um so fester an sich ketzte, je mehr die Vereinigten Staaten genötigt waren, auf die schwankende Haltung ihrer westeuropäischen Partner Rücksicht zu nehmen.

Bei der Nähe des westeuropäischen Beispiels bestand die Gefahr, daß sich auch die Bevölkerung der Bundesrepublik ein in seinen Entscheidungen geheimes Parlament wählen würde. Zwar konnte die Opposition angesichts der Erfolge, die Erhard mit seiner Marktwirtschaft und Schäfer mit seiner Finanzpolitik erzielt hatte, nicht mehr auf die frühere Zugkraft ihrer sozialistischen Wirtschaftsparteien rechnen; sie durfte sich aber einige Wirkung von ihrer Neutralitätsidee versprechen, der deutschen Komponente zur Politik jener Europäer, denen die Konzeption Washingtons gefährlich und der damit verbundene Führungsanspruch der Vereinigten Staaten unbecom erscheint.

Nicht nur in diesen Kreisen, die eine Wiederkehr der jetzigen deutschen Regierung wünschten, sie aber auf eine von anti-amerikanischen Ressentiments erfüllte Opposition angewiesen sehen wollten, ist die Zweidrittelmehrheit, über die Adenauer seit gestern praktisch verfügt, als Sensation empfunden worden. Auch die Anhänger des Kanzlers hätten eine solche Entwicklung nie zu prophezeien gewagt. Sie macht aus einem Vorgang, der unter normalen Umständen nur eine von niemand bezweifelte Bestätigung des bisherigen deutschen Kurses gewesen wäre, ein Faktum, dessen Folgen für die Weltpolitik noch nicht zu übersehen sind. Was es bedeutet, daß Amerika hinter seinem Widerstand gegen die sowjetische Forderung auf Lösung der Bundesrepublik aus dem westlichen Verteidigungssystem zwei Drittel der deutschen Bevölkerung weiß, wird sich zeigen, wenn es zu einer Viermächtekonferenz kommen sollte. Jedem Versuch Moskaus, für den Plan einer Festlegung des deutschen „Standortes“ unter den Alliierten Anhänger zu gewinnen, kann Washington nun mit der Erklärung begegnen, daß sich über zwanzig Millionen Deutsche für den Vorrang freier Wahlen und für ein Bündnis mit dem Westen ausgesprochen haben.

So zurückhaltend die ausländischen Beobachter den Einfluß beurteilen, den der unerwartete Wahlausgang auf das Verhältnis Amerikas zur Bundesrepublik haben könnte, so offen sprechen sie davon, daß Adenauer jetzt in der Lage sei, in Europa eine führende Rolle zu spielen. Sie denken dabei vermutlich an die Energie, mit der der Kanzler das EVG-Projekt, um das er sich während des vierwöchigen Wahlkampfes nicht kümmern konnte, wieder aufgreifen dürfte. Zu den Vorwänden, unter denen insbesondere Frankreich die Ratifizierung hinausgezögerte, gehörte auch der Hinweis auf den noch ausstehenden Karlsruher Richterspruch. Adenauer, der für das Bonner Vertragswerk jederzeit eine Zweidrittelmehrheit zustande bringen könnte, braucht dieses Motiv nicht mehr gelten zu lassen. Ueberzeugend kann er auch die Besorgnisse jener europäischen Parlamentarier zurückweisen, die sich gegen deutsche Soldaten sträubten, weil